

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Rhein-Main, Frankfurt, S. 38, 3. März 2010

Frankfurter Allgemeine  
**FAZ.NET**

**Aktuell Rhein-Main-Zeitung Frankfurt**

**Frankfurter Förderprogramm**

## **Der Kreativität mehr Raum geben**

*Von Mechthild Harting und Rainer Schulze*



Vorbild: Im Atelierhaus Basis finden auch junge Künstler im sonst teuren Frankfurt Platz zum Arbeiten

01. März 2010 Die Städte New York, Wien, Amsterdam und London sollen bereits Budgets haben, um Künstlern und Kreativen zur vorübergehenden Anmietung von bezahlbaren Arbeitsräumen zu verhelfen. Nun will die Stadt Frankfurt nicht länger hintanstellen. Denn die Kreativen – laut Wirtschaftsförderung sind es im weitesten Sinne gefasst 60.000 in Frankfurt – stellen nach Auffassung von Kulturdezernent Felix Semmelroth (CDU) nicht nur ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor dar. Ihre Anwesenheit erhöhe auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt, so Semmelroth kurzlich in der Stadtverordnetenversammlung.

Dabei unterhält die Stadt Frankfurt bereits jetzt 340 Ateliers, davon allein 45 im ehemaligen Polizeipräsidium und noch einmal 117 an der Gutleutstraße. Doch das reiche nicht aus, sagte Semmelroth. Die Stadt will deshalb eine sogenannte Leerstands-Agentur gründen, die zum einen nicht genutzte Räume erkunden und diese an sogenannte Kreative vermitteln soll. Der Part der Stadt bestünde darin, möglicherweise Bürgschaften, Kautionen für Mietverträge oder „sonstige Anreize für Vermieter“ zu schaffen, wie es in einer Vorlage des Magistrats heißt, über die die Stadtverordneten endgültig Ende März entscheiden wollen.

### **„Indirekter Mietkostenzuschuss“**

Außerdem will die Stadt bei kleineren Instandsetzungen wie zum Beispiel bei der Anschaffung eines neuen Schaufensters unter die Arme greifen. Einen „indirekten Mietkostenzuschuss“ nennt dies der Sprecher des Planungsdezernats. Genaue Richtlinien – wer berechtigt ist, wie groß die Flächen sind und ob die Antragsteller einen Zuschuss oder ein günstiges Darlehen erhalten – müssen noch ausgearbeitet werden. Fehlförderungen will die Stadt vermeiden. „Die Förderung soll denen zugute kommen, die sie auch wirklich gebrauchen können“, sagt der Sprecher. Das Geld soll aber nicht nur für Künstlerateliers verwendet werden. Zur Kreativwirtschaft wird ein gutes Dutzend Branchen gerechnet, darunter auch Architekten und Werbefachleute.

Aufgrund der hohen Mietpreise sind die Bedingungen für Künstler in Frankfurt besonders schwierig. Die Ateliergemeinschaft Basis, in der die Initiative Raumpool aufgegangen ist, hat mit der Vermittlung geeigneter Räume schon Erfahrung. Für die beiden Häuser des Vereins, in denen 120 Künstler Arbeitszimmer gefunden haben, sind die Wartelisten lang. Basis unterstützt die Künstler auch mit erprobten Mietvertragsmodellen. Etwa 200 Ateliers fehlten zurzeit in Frankfurt, schätzt der künstlerische Leiter von Basis, Jakob Sturm. Das Förderprogramm für Kreative sei daher „extrem wichtig“ und ein notwendiger Schritt.

### **Appell an Vermieter**

Sturm rechnet bei der Vermittlung der Räume jedoch mit einigen Schwierigkeiten. Die Vermieter müssten bei den Mietpreisen zu Abschlägen bereit sein. Die Stadt müsse auch berücksichtigen, dass die Gruppe der Kreativen sehr heterogen und die wirtschaftliche Situation von Fall zu Fall unterschiedlich sei. Neben der finanziellen Lage spiele bei Basis auch die Motivation eine Rolle: „Uns ist wichtig, wie ernst jemand seine Arbeit nimmt und dass er rege dabei ist“, sagt Sturm.

Die Fraktionen haben am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung schon einmal über das Förderprogramm debattiert. Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Römer, Klaus Oesterling, sind die Beweggründe von Magistrat und schwarz-grüner Koalition, ein Jahr vor der Kommunalwahl das Programm „Leerstehende Räume für Kreative“ aufzulegen, denkbar einfach: „Sie haben zu dem Thema Förderung der Kreativwirtschaft in Frankfurt nichts vorzuweisen“. Bei dieser Kritik ließ es Oesterling nicht bewenden. Frankfurt wolle für das Vorhaben in diesem Jahr gerade einmal 135.000 Euro zur Verfügung stellen, in den nächsten Jahren bis einschließlich 2014 sollen es jährlich 270.000 Euro sein. „Herzlichen Glückwunsch“, sagte der SPD-Politiker, „wenn sie mit solchen Summen mit New York, Amsterdam und London konkurrieren wollen“.

### **„Chance, mehr Kreative zu holen“**

Oesterling ärgert, dass die Mittel zunächst aus dem Wohnungsbau-Etat stammen sollten und damit zum Wohnungsbau gefehlt hätten. Nun hat die schwarz-grüne Koalition beantragt, die Gelder stattdessen aus dem Etat für das Programm „Schöneres Frankfurt“ zu nehmen. Ebenfalls ein Vorgehen, dass Oesterling nur mit einem Kopfschütteln kommentieren mag. Die Fraktion der Linken hatte gefordert, das Programm einfach aus dem Kulturetat zu finanzieren. In der Sache lehnt das Vorhaben indes niemand ab. „Das ist eine Chance, noch mehr Kreative nach Frankfurt zu holen“, lobte der FDP-Politiker Georg Diehl. Hans-Joachim Viehl (Die Linke) sagte, es sei gut, Büroräume zu nutzen, ehe sie leer stünden. „Und es gibt eine Fülle von leerstehenden Räumen“, sagte der planungspolitische Fraktionssprecher der CDU, Klaus Vowinckel. Doch dies habe einen Grund, Vermieter scheuten die Zwischennutzungen, weil sie fürchteten, die Mieter nicht mehr herauszubekommen. Eine Räumungsklage nehme sechs bis zwölf Monaten in Anspruch.

Vowinckel hält es nicht für ratsam, dass die Stadt als Mieter auftritt. Sie solle sich aufs Vermitteln beschränken. In jedem Fall wollen CDU und Grüne nach zwei Jahren über die bis dahin gesammelten Erfahrungen beraten, ehe Gelder in den folgenden Haushalt eingestellt werden.

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: ddp